

Gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich – Symptom und verschärfendes Moment ökonomischer wie politischer Krisenprozesse¹

Mit den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrezehnte verband sich, wenigstens für die Staaten der ‚ersten Welt‘, mit dem Dreiklang von Arbeit, Fortschritt und Glück (Martens/Peter/Wolf 1984) die Vorstellung einer Überwindung gesellschaftlicher Armut. Mit ihrer Erosion angesichts eines nunmehr über mehr als dreißig Jahre währenden neoliberalen Rollbacks (Scholz u.a. 2006) hat sich das gründlich verändert. Im Folgenden werden zwei Thesen begründet: (1) Mit den unbestreitbar über Jahrzehnte hinweg forcierten gesellschaftlichen Spaltungsprozessen, die man am ehesten mit denen im Verlauf der zweiten industriellen Revolution vergleichen kann, werden zum einen ökonomische Krisenprozesse verschärft; und (2) sie sind zum anderen Teil längerfristiger gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergraben und heute unter den Stichworten der „Krise der Demokratie“ oder der „Refeudalisierung“ der sogenannten fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften diskutiert werden.

Fortschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse

Der seit 2001 im Jahr 2013 zum vierten Mal vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung war hinsichtlich der Bewertung der darin enthaltenen Daten politisch heftig umstritten. Die Fakten sind aber klar: Nach der Definition der EU gilt als arm, wer über weniger als 60% des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens verfügt. In Deutschland lagen die entsprechenden monatlichen Einkommen 2012 für Single-Haushalte bei 869 und für Familien mit zwei Kindern bei 1.826 €. 14 bis 16 Prozent der Bevölkerung galten demnach als arm. Und hinsichtlich der Vermögensverteilung weist der Bericht aus, dass die unteren 50% der Bevölkerung 2008 noch über 1% der Gesamtvermögenssumme verfügten (1998 waren es noch 4%), während die oberen 10% über 53% besaßen, nachdem es 1998 noch 45% gewesen waren. Sehr nachvollziehbarer Weise sprachen die Wohlfahrtsverbände von wachsender Ungleichverteilung, Abwärtsspiralen und Kaschierungen im Bericht der Bundesregierung. Dabei ist in solchen Daten noch überhaupt nicht berücksichtigt, dass wir im Zuge des neoliberalen Rollbacks mit seiner Propagierung und aktiven Durchsetzung der Privatisierung zuvor öffentlicher sozialer Dienstleistungen auch einen Prozess der Hinnahme, wenn nicht der gewollten Herbeiführung öffentlicher Armut erleben.

Deutschland liegt bei den fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltungsprozessen - den USA als Vorreiter folgend und innerhalb der EU mit einer Spitzenposition - in

¹ Der Aufsatz erschien in leicht gekürzter Fassung in der „Gegenblende, Ausgabe Januar/Februar 2015

einem allgemeinen Trend. Das belegen insbesondere die 2014 stark diskutierten Untersuchungen von Thomas Piketty (2014) oder auch von Chrystia Freeland (2013). Piketty kann zeigen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 nie so groß war wie heute. Dem Anstieg des Anteils der obersten Elite am gesellschaftlichen Reichtum entspricht der Rückgang bei der großen Mehrheit. Freeland spricht im englischen Originaltitel ihrer Untersuchung „Plutocrats“ vom „Aufstieg und der Herrschaft einer neuen globalen Geldelite und dem Abstieg aller Anderen“. Ihr zufolge zählt die Forbes-Reichenliste 2012 1.226 Milliardäre.² Und Piketty betont, wie Joachim Bischoff und Bernhard Müller (2014) ausführen, gerade für die USA das Gewicht der wirtschaftlichen Elite (der obersten 10%) an der Verschärfung der sozialen Ungleichheit, Und Emmanuel Saez und Gabriel Sucman (2014), die seinen Untersuchungsansatz weiterführen und ausbauen, spitzen den Befund noch stärker zu: ihnen zufolge ist vor allem der Anteil der 0,01% des obersten Ranges mit ihren Spitzengehältern für den scharfen Anstieg der Ungleichheit in den USA verantwortlich. Ihre zugespitzte These lautet: „Die Vermögensungleichheit ist sehr stark an der äußersten Spitze, aber nicht unterhalb der obersten 0,1% gewachsen“. Ihre Tabellen weisen für die Top 0,01% einen Anstieg von gut 3% (1960) auf gut 11% (2012) aus und für die Top 0,1% bis 0,01% von ca. 6,5 auf ca. 10,5% im gleichen Zeitraum. (Saez/Sucman 2014, 5; Bischoff/Müller 2014, 15).

Ein neues „vergoldetes Zeitalter“

Freeland stellt im Rahmen ihrer Analyse zwei aufschlussreiche historische Vergleiche an. Zum einen macht sie darauf aufmerksam, dass die bürgerliche Revolution in Amerika auf Basis einer ausgesprochen egalitären, noch agrarischen Gesellschaft, stattgefunden hat. Thomas Jefferson, der in die amerikanische Verfassung „the pursuit of happiness“ als Recht aller Menschen hineingeschrieben hatte, verglich, so Freeland (2013, 27), sein egalitäres Arkadien mit einem England, das sich in Arme und Plutokraten teilte. Sie zitiert aus einem Brief von ihm: „Berechnen wir nun mit Zahlen die Summe des Glücks der beiden Länder. In England ist Glück das Los allein der Aristokratie, und den Anteil, den sie im Verhältnis zu den Arbeitern und Armen ausmacht, kennt Ihr besser als ich. Wenn ich schätzen würde, dass es vier auf jedes hundert sind, so betrüge das Glück des Volkes im Verhältnis zu seinem Elend eins zu 25. In den Vereinigten Staaten ist es acht Millionen zu null oder alle zu keinem“.

Zum zweiten stellt sie fest, dass sich extreme Ungleichheit in den Vereinigten Staaten erst im Ergebnis der zweiten industriellen Revolution entwickelt hat. Das war das von Mark Twain und Charles Dudley Warner (2011) so bezeichnete „vergoldete Zeitalter“ im Übergang vom 19. in das 20. Jahrhundert. Wie wir wissen, entstanden aus

² 2014 ist diese Zahl nach der Forbes-Reichenliste auf 1.645 gestiegen (nach 423 in 1996 und 946 in 2006), davon die meisten (492) in den USA, gefolgt von China (152), Russland (111) und Deutschland 85 (siehe Wikipedia). Andere Reichenlisten weisen höhere Zahlen aus. So geht die Schweizer USB-Bank für 2014 von 2.325 Milliardären aus (Manager-Magazin-online, 28.10. 2014)

diesen Entwicklungen heraus in den USA wie in Europa wachsende Instabilitäten. Sie mündeten politisch in geopolitische Abenteuer und den ersten Weltkrieg und ökonomisch ein Jahrzehnt darauf in die Weltwirtschaftskrise von 1929. Nach den tieferliegenden Ursachen dafür, dass das Buch von Twain und Warner wieder „eine Geschichte von heute“ geworden ist – so der Untertitel der von Dirk Jürgens herausgegebenen Neuauflage – wird in den zitierten neueren Analysen zur Entwicklung einer drastisch verschärften sozialen Ungleichheit nicht immer gefragt. Freeland spricht zwar von einem „zweiten vergoldeten Zeitalter“ im Zeichen neuer Gründerjahre sowie der Implosion des Realsozialismus. Aber bei aller Kritik begreift sie die aktuellen Entwicklungen doch vornehmlich als weitere Entwicklungsstufe kapitalistischer Fortschrittsversprechen, die sich z.B. im Entstehen einer neuen Mittelschicht in China erweisen würden. Piketty warnt schärfer vor der entstandenen und weiter wachsenden Ungleichheit zwischen Reich und Arm. Er geht auf pragmatische Lösungsansätze, etwa in Gestalt progressiver Vermögenssteuern ein, die „keine Frage von Links und Rechts sondern des gesunden Menschenverstandes“ seien.“ Zugleich betont er, dass er zwar „Das Kapital“ als Teil des Titels seines Buches gewählt habe, sich aber durchaus nicht als Marxisten begreife.

Postdemokratie, Refeudalisierung und Krise der Politik

Das Neoliberale Rollback seit der Mitte der 1970er Jahre - also die Entfesselung der Märkte und die fortschreitende Aushöhlung der in den nachkriegsjahrzehnten entstandenen unterschiedlichen wohlfahrtsstatlichen Modelle - mit der Wirtschaft und Politik auf sinkende Wachstumsraten und wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit in den fortgeschrittenen westlichen Staaten reagiert haben (Thatcherism, Reagonomics usw.), hat uns also ein neues „vergoldetes Zeitalter beschert. Es wurde lange Zeit, jedenfalls bis zum Ausbruch der „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) mit großen Freiheitsversprechen begründet. Und so kam es, dass die Menschen der vormals realsozialistischen Länder nach dessen Implosion ihre Hoffnungen auf einen sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus richteten, der damals bereits auf dem Rückzug war und dessen Erosion durch eben die Implosion des Realsozialismus zusätzlich forciert worden ist. Es wird inzwischen hierzulande - im Zeichen der europäischen Schuldenkrise, die vorgeblich dadurch herbeigeführt wurde, dass wir alle „über unsere Verhältnisse gelebt haben“ durch Ängste vor einem sozialen Abstieg weitert forciert. Und für die politische Flankierung des „befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) ist die Perspektive auf eine nunmehr „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) ausgegeben worden. Den konservativen Demokraten Frank Schirrmacher hat dies zu der Frage veranlasst, wie „inmitten einer Marktkrise (dieser) Satz fallen und als Vision erscheinen“ konnte, und weshalb „es zwar Reparaturanstrengungen in Staaten, aber nicht in Märkten“ gegeben habe; und seine Antwort lautet: „Weil fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit einem Naturgesetz verwechseln (weshalb ...) „die ‚Kernschmelze‘ der Finanzmärkte nicht etwa Zweifel am Allwissenden auslöste, sondern die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie in die

Welt setzte, die wie Phönix aus der toxischen Asche steigen sollte (Schirrmacher 2013, 172).

Aber wir sind nicht nur mit postdemokratischen Entwicklungen konfrontiert, die angesichts fortdauernder multipler Krisenentwicklungen die inzwischen durchaus reale Drohung vergrößern, dass autoritäre Lösungen weiter Platz greifen. Die fortschreitende soziale Spaltung in Arm und Reich unseres neuen „vergoldeten Zeitalters“ schaffen eine Wirklichkeit, in der die offiziellen Selbstdarstellungen das wachsende „Elend der Welt“ (Bourdieu 1997) immer weniger verbergen können. Wir erleben so eine Entwicklung, die inzwischen zutreffend als „Refeudalisierung“ bezeichnet wird. Sighard Neckel (2013) spricht im Anschluss an Jürgen Habermas (1962) von Refeudalisierung „nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit (...), die ab bestimmten Schwellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben“ (Neckel 2010, 14). Er analysiert ein solches Umschlagen (Neckel 2013, 49ff) anhand (1) einer Refeudalisierung der Werte (bei der Begründung hoher Gehälter von Leistung hin zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung), (2) der Wirtschaftsorganisationen (durch die Etablierung einer ständisch privilegierten Managerklasse, die für den Shareholder Value die notwendigen Dienste erbringt), (3) einer Refeudalisierung der Sozialstruktur (durch die Wiederkehr der Dichotomien angesichts einer Zementierung der Abstände zwischen entrückten Eliten und neuer Prekarität) sowie (4) einer Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates (in der öffentliche Wohlfahrt als Stiftung und Spende reprivatisiert werde).

Insbesondere die These der Refeudalisierung unserer Gesellschaft - in der sich ganz folgerichtig alle politischen Parteien des herrschenden Politikbetriebs auf die vielberufene „gesellschaftliche Mitte“ und insbesondere auf die Leistungsträger hin orientieren - erinnert daran, dass die Trennung von Arm und Reich bis zum Beginn des demokratischen Projekts der Moderne mit den bürgerlichen Revolutionen in Amerika und Frankreich als eine scheinbar unabänderliche gesellschaftliche „Naturkonstante“ erschien wie die von Herrschenden und Beherrschten. Das änderte sich mit der dynamischen Entfaltung des Kapitalismus und der modernen bürgerlichen Gesellschaften, den sie begleitenden sozialwissenschaftlichen Theorien und dem Aufkommen der Arbeiterbewegung und insbesondere den daraus hervorgegangenen Gewerkschaften und politischen Parteien. Mehr oder weniger unausgesprochen bewegen wir uns heute darauf zu, dass bereits durchgesetzte Refeudalisierungsprozesse mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hingenommen werden und die gewachsene Sprachlosigkeit des neuen Prekariats dann als ein geradezu ebenso selbstverständliches Moment eben dieser Entwicklung angesehen wird. Wir leben, wie es in einem Kommentar der SZ angesichts stetig sinkender Wahlbeteiligungen hieß, in einer „Demokratie der Besserverdienenden“. Der Philosoph Tilo Wesche (2014, 443) spricht daher in einem Aufsatz, in dem er Begründungen für einen Weg „von der Marktfreiheit zur Wirtschaftsdemokratie“ entwickelt, völlig zu Recht davon, dass angesichts der

neuerlichen „Konzentration von Eigentum und politischer Macht“ die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergraben werde.

Weiter gefährdete ökonomische Stabilität

Wenn gegenwärtig an Stelle der in Europa immer noch herrschenden Austeritätspolitik von Seiten einiger sozialistisch oder sozialdemokratisch geführter Regierungen, in Frankreich oder Italien, eine antizyklische staatliche Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der Massenkaukraft sowie eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen gefordert werden - also endlich wieder eine Umverteilung von oben nach unten -, dann ist das vielfach nur der „halbe“ Keynes, der hier in Erinnerung gerufen wird. Karl Georg Zinn hat dagegen wiederholt darauf verwiesen, das Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (Keynes 1943) eine Langfristtheorie der weiteren Entwicklung vorgelegt hat. Sie ist, anders als der konjunkturpolitische Keynesianismus, wenig rezipiert worden. Aber Keynes hat von ihr ausgehend noch vor Beendigung des 2. Weltkrieges eine Dreiphasentheorie der weiteren Entwicklung formuliert, die bemerkenswert gut bestätigt wurde. In ihr unterscheidet er: (1) die „inflationäre Übernachfrage in der ersten Nachkriegszeit“, (2) dann ein „relativ störungsfreies Gleichgewicht von freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition nahe bei oder auf dem Vollbeschäftigungsniveau“ und schließlich (3) ein „allmähliches Wirksamwerden des Sättigungsgesetzes beim Konsum, was einerseits eine absolut und relativ höhere Sparkapitalbildung bedeutet und andererseits auch Sättigung zumindest bei den Kapazität erweiternden Investitionen nach sich zieht“ (Zinn 2007, 54). Keynes Vorschlag für diesen Fall, der ja tatsächlich eingetreten ist, lautete: (1) „die Einebnung, selbstverständlich nicht völlige Beseitigung der Einkommens- und Kaufkraftunterschiede der Haushalte, um den Konsum anzuheben“, (2) die absolute und relative Ausweitung der staatlichen Vor- und Fürsorgepolitik, also vor allem mehr öffentliche Investitionen“ sowie (3) „eine Reduktion von Arbeitszeit in verschiedensten Formen“ (Zinn 2007, 55). Durchgesetzt wurden stattdessen das neoliberale Rollback, die Entfesselung der Märkte und eine Umverteilung von unten nach oben, verbunden mit einer Aushöhlung sozialer Sicherungssysteme. Den katastrophalen Resultaten dieser politischen Entscheidungen sehen wir uns heute gegenüber.

Zinn hat seine Analysen schon vor Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise in Vorschläge für einen „qualitativen Keynesianismus“ münden lassen. Nach Ausbruch der Krise hat er, verbunden mit dem Hinweis darauf, dass „kein historischer Zyklus genau seinen Geschwistern“ gleicht, in Bezug auf die Dimension der gegenwärtigen ökonomischen Krise auf weltgeschichtlich bedeutsame Veränderungen hingewiesen, weil sie „die Verschiebung der politischen und ökonomischen Vorrangstellungen in Richtung Ostasien, insbesondere zu China, noch beschleunigt“ (zitiert nach Wolf 2013, 327).

Schlussfolgerungen

Das neoliberale Rollback hat zweifellos wachsende Instabilitäten geschaffen, und in deren Licht wird z. B. die Aktualität makroökonomischer Analysen eines John Meynard Keynes erkennbar, die nach der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 entstanden sind. Zugleich ist mit dem Aufstieg der neuen „Superreichen“ ein fortschreitender Prozess der Entdemokratisierung und der Durchsetzung gesellschaftlicher Refeudalisierungsprozesse verknüpft, die insgesamt schon erreichte demokratische Entwicklungen gefährden. Neuere Analysen hierzu – etwa bei Neckel, aber auch bei Freeland kann man daher durchaus als Bestätigung von Jacques Rancières These verstehen, dass „der Kampf zwischen Reichen und Armen nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit (ist), mit der die Politik rechnen müsste. Er ist (vielmehr) identisch mit ihrer Einrichtung. Es gibt (demokratische) Politik, wenn es einen Anteil der Anteillosen, einen Teil oder eine Partei der Armen gibt“ (Rancière 2002, 24). Man könnte angesichts der hier ausgebreiteten Überlegungen zu Reichtum und Armut aber auch zu dem Schluss kommen, dass die Entwicklung des globalen Kapitalismus noch nie so stark dem von Marx mittels der Hegelschen Dialektik entworfenen Entwicklungsszenario entsprochen hat, wie heute.³

Literatur:

- Arendt, H.:1974), Über die Revolution, München-Zürich
- Bischoff, J., Müller, B. (2014): Pikettys ‚Kapital im 21. Jahrhundert. Der moderne Kapitalismus = eine oligarchische Gesellschaft?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2014
- Bourdieu (1997): Das Elend der Welt, Konstanz
- Butterwegge; C. (2014): Krise und Zukunft des Sozialstaates, (5. Aktualisierte Auflage), Wiesbaden
- Crouch; C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Crouch; C. (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Mai
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Krugman, P. (2009):Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs Reihe Beiträge aus der Forschung Bd. 2 (1984)
- Neckel, S. (2010):Refeudalisierung der Ökonomie . Zur Strukturierung der kapitalistischen Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, 2010
- Neckel, S. (2013): 2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas’schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Negt, O. (2010): Subjektivität in der Erosionskrise, in: Demirovic, A.; KLaindl, C. Krioviza, A. (Hg.): Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation, Münster, S. 11-26

³ Dabei wäre aber, etwa unter Verweis auf den Philosophen Alfred Schmidt (1971), zu betonen, dass Marx hierzu eine von den Hegelschen Mythizismen befreite Dialektik als Instrument zur kritischen Analyse des Kapitalismus für unverzichtbar hielt, und zugleich weit davon entfernt war - analog zur idealistischen Dialektik Hegels – diese kritische Analyse in eine übergreifende geschichtsmetaphysische Konstruktion einzubetten, wie das später in den verschiedenen Marxismen mehr oder weniger deutlich der Fall gewesen ist.

- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main
- Saez, E.; Zucman, G. (2014): The Distribution of US Wealth, Capital income and Returns since 1913, März, online: <http://Gabriel-zucman.eu/files/SaezZucman2014Slides.pdf>
- Scholz, D.; Glawe, H; Paust-Lasse4n, P.;, Martens, H.; Peter, G.;, Reitzig, J.; Wolf, F. O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Schirrmacher, F.- (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, A. (1971/65): Zum Verhältnis von Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus, in: ders: Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx, überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuauflage, Frankfurt 1971
- Twain; M., Warner, C. D.; neu herausgegeben von Jürgens D. (2010). Das vergoldete Zeitalter. Eine Geschichte von heute. (Books on Demand)
- Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktwirtschaft zur Wirtschaftsdemokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/2014, 443-486
- Wolf, F. O. (20012): Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster
- Zinn, K. G. (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen, Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (/Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76
- Zinn, K. G. (2008): Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Kenynesschen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomie und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik,. Hamburg